

Replik. Die Stereotype und Vorurteile mancher Beobachter gegenüber Serben und auch Russen sind noch immer tief verwurzelt.

Serbien ist vor allem proeuropäisch

VON GORAN BRADIĆ

Der „Presse“-Korrespondent in Sarajevo, Erich Rathfelder, hat in seinem Bericht über Russlands Einfluss auf Serbien und den Westbalkan (26.11.) unter anderem behauptet, dass „auch militärisch zusammengearbeitet wird und im südserbischen Niš ein Spionagezentrum aufgebaut worden ist“. Es ist richtig, dass zwischen Serbien und Russland militärisch kooperiert wird. Es ist aber nicht richtig, dass in Niš ein Spionagezentrum aufgebaut wurde. Rathfelder verschweigt auch, dass die serbische Armee noch weit umfangreicher mit Einheiten von Nato-Staaten zusammenarbeitet.

In Niš befindet sich ein gemeinsames humanitäres Zentrum. Am dortigen Flughafen werden große russische Flugzeuge und Hubschrauber stationiert, die zum Löschen von Waldbränden in Serbien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina oder woanders eingesetzt werden. Es gibt auch ein Lager, in dem die im Falle von Naturkatastrophen benötigten Güter (Zelte, Stromaggregate, Decken etc.) gelagert werden. Journalisten einer kroatischen Zeitung besuchten vor Kurzem „den verdächtigen Stützpunkt“ und konnten dort nichts Verdächtiges feststellen.

Was nun Befürchtungen, wonach Serbien dem Einfluss Moskaus verfallen sei, betrifft: Serbiens strategisches außenpolitisches Ziel ist die EU-Mitgliedschaft. Das wird von Brüssel wie auch von Moskau akzeptiert. Die politische Führung und die breite Öffentlichkeit Serbiens unterstützen einen EU-Beitritt. Serbien ist – geografisch, kulturell, wirtschaftlich und in jeder anderen Hinsicht – ein europäisches Land!

Fortschritte übersehen

Die Regierungen Serbiens haben in den letzten Jahren auf dem Weg in die EU große Fortschritte gemacht, die manche Journalisten und Analytiker übersehen haben. Serbien ist seit Jahren Mitglied des Nato-Programms „Partnerschaft für Frieden“ (wie auch Österreich). Serbien hat auch

eine parlamentarische Deklaration über die militärische Neutralität verabschiedet. Das bedeutet keine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis – ähnlich wie Österreich, die Schweiz oder Finnland.

Nicht im Würgegriff Moskaus

Hätte man die Wirtschaftsdaten angeschaut, hätte man auch gesehen, dass die These über „Serbien im gefährlichen Würgegriff Russlands“ keine Grundlage hat. Der größte Investor in Serbien ist Österreich mit 3,1 Milliarden Dollar (Russland investierte bisher 1,7 Mrd. Dollar). Serbiens wichtigste Handelspartner sind Deutschland und Italien. Die EU-Staaten sind am Handelsvolumen Serbiens mit 64 Prozent beteiligt.

Das gesamte Handelsvolumen zwischen Serbien und Deutschland betrug 2013 rund drei Milliarden Euro – mit Russland erreichte unser Warenaustausch etwa 30 Prozent weniger. Zum Vergleich: Das Handelsvolumen zwischen Österreich und Russland erreichte im Vorjahr etwa 6,7 Mrd. Euro. Ja, ja, die Serben sind trotzdem prorussisch.

Unbestreitbar ist: Serbien und Russland verbindet eine lange Tradition guter Beziehungen, verbindet Sympathie zwischen den Völkern und verbindet auch eine gemeinsame Konfession und Geschichte.

Serbien bemüht sich nach wie vor um möglichst gute Beziehungen zu den Nachbarländern, zur EU, zu den Vereinigten Staaten, aber auch zu den BRICS-Staaten. Man könnte ja behaupten, dass Serbien proarabisch sei, da die Vereinigten Arabischen Emirate viel Geld in die Landwirtschaft und die serbische Fluggesellschaft investieren; prochinesisch, weil China große Infrastrukturprojekte in unserem Land unterstützt; proösterreichisch, weil österreichische Banken in Serbien dominant sind. Aber Serbien ist vor allem proserbisch und proeuropäisch.

Goran Bradić ist erster Botschaftsrat und stellvertretender Missionschef an der Botschaft der Republik Serbien in Wien.

E-Mails an: debatte@diepresse.com



„Der Deutsche macht . . .“

Gastkommentar. Wie die Sozialdemokraten dem deutschstämmigen Klaus Johannis zum rumänischen Präsidentenamt verholfen haben.

VON IOAN HOLENDER

Victor Ponta, der amtierende Premier, führte nach dem ersten Wahlgang um die rumänische Präsidentschaft mit saten zehn Prozent vor allen anderen Konkurrenten. Im zweiten Wahlgang unterlag er seinem Gegenkandidaten Klaus Johannis dann aber – entgegen allen Wahlprognosen – mit 43 zu 57 Prozent.

Vor zwei Jahren gelangte die Sozialdemokratische Partei (PSD) zur absoluten Macht, weil innerhalb des Parlaments zahlreiche Abgeordnete die Parteizugehörigkeit wechselten. Seitdem regierte die PSD – zusammen mit der kleinen Ungarnpartei – mit dem 42-jährigen Victor Ponta als Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten.

In der Nachfolge seines aus dem Amt scheidenden Intimfeinds Traian Băsescu war Victor Ponta der vermeintlich sichere Kandidat zur Erlangung der – gemäß rumänischer Verfassung – wichtigsten Stellung im Land. Pontas Bekanntheitsgrad, vor allem in der ländlichen Bevölkerung im sogenannten Altrumänien (also der Walachei und Moldawien), war unvergleichlich höher als jener von Johannis.

Aber die regierenden Sozialdemokraten wussten schon nach

der Niederlage ihres Kandidaten Mircea Geoană bei der Präsidentschaftswahl 2009 gegen Băsescu, dass die im Ausland lebenden rumänischen Staatsbürger – und es gibt derer mehr als eine Million in Spanien, Italien und Deutschland oder den USA – mehrheitlich nicht für als korrupt und ineffizient eingestufte Linke stimmen werden.

Der Kardinalfehler der PSD

So machten sie den Kardinalfehler, die Anzahl der Wahllokale außerhalb Rumäniens derart zu begrenzen, dass die Menschen sich viele Stunden in endlosen Schlangen anstellen mussten und viele trotzdem nicht mehr dazu kamen, ihre Stimme abzugeben. Das löste dann auch in Rumänien selbst eine heftige Reaktion aus. Sehr viele, insbesondere junge Wähler fühlten sich veranlasst, jetzt erst recht in Rumänien von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen: gegen Ponta und für Johannis.

Gegen den Wahlverlierer Ponta und seine Partei demonstrieren zuletzt immer mehr Menschen wegen der Wahlbehinderung. Der Oberstaatsanwalt überlegt eine Anklage gegen den Premier und seinen Außenminister wegen Behinderung eines von der Verfassung garantierten Bürgerrechts. Die Un-

garische Partei ist schon aus der Koalition ausgetreten, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis Ponta seinen Posten und seine Partei die Regierungshoheit verliert.

Klaus Johannis, der tüchtige deutsche Mann aus Sibiu, spricht Hermannstadt, der nicht als ein Parteimann angesehen wird, spricht wenig – und wenn, kein besseres Rumänisch als Ponta. Doch er spricht eine ehrlichere, glaubhaftere Sprache und symbolisiert das rumänische Sprichwort „neamțul tace și face“ – „der Deutsche schweigt und macht“.

Somit ist der Erste Mann im Staat, so wie anno 1881 der erste König des neu gegründeten Rumänien, Carol der Erste von Hohenzollern-Sigmaringen, wieder ein Deutscher. Und er verkörpert allein die Hoffnung der Rumänen – 24 Jahre nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur von Nicolae Ceaușescu –, endlich die viel strapazierte Übergangsperiode („Perioada de tranziție“) zu verlassen und wieder ein besseres und würdigeres Leben zu haben.

Ioan Holender (geboren 1935 in Timișoara/Temeswar in Rumänien) war von 1992 bis 2010 Direktor der Wiener Staatsoper.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

PIZZICATO

Facebook-Steuer

Gestern war es also so weit. Der ÖVP beliebte es, uns mit einem equilibristischen Show-Act mitzuteilen, wo sie fünf Milliarden an Wohlthaten hernimmt. Dass dafür die andere Hosentasche erhalten muss, ist altes österreichisches Brauchtum.

Bis gestern Früh waren sie beisammen gesessen. Es war keine leichte Übung gewesen. „Es wird Zeit, dass wir uns erklären, die Leut“ halten uns ja schon für verrückt“, brummte Herr Schelling in seinen Schnurrbart. „Wie steh ich denn da? Bald werden die Menschen glauben, ich sei ahnungslos wie der Spindelegger!“ Django Mitterlehner schwieg. Er barg in seiner Klarsichthülle einen verwegenen Plan. Dramatischer als sonst warf er die Stirn in zwei vertikale Falten. Just am Marienfeiertag hatte er die Inspiration empfangen. Dann sprach er. „Auf alles heben wir eine Steuer ein. Nur auf Facebook net. Warum eigentlich net?“ Die Experten waren sprachlos. So einfach. Und so genial. 0,005 Eurocent für jedes Posting – für besonders Infantiles könnte sogar mehr verrechnet werden. Man verwies auf das Posting der Gesundheitsministerin. Die hatte nicht nur verbalen Dünnpfiff, sondern unstillbares Mitteilungsbedürfnis: „Die ganze Nacht am und über dem Klo verbracht. Also heut sehr geschwächt . . .“ Dabei ist die doch schon erwachsen, sollte man meinen. (hws)

Reaktionen an: hans-werner.scheidl@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Erster Schritt zu einem nachhaltigen Frieden

Zur Ukraine-Krise

Wenn die Politik versagt, wenn auch Gespräche auf „höchster Ebene“ den Krieg in der Ukraine nicht stoppen können, wenn schriftliche Vereinbarungen wie das Minsker Protokoll zu keinem Waffenstillstand führen, wenn tausende unschuldige Menschen getötet und misshandelt werden, möchte ich eine andere Konfliktlösung anregen: ein UNO-Mandat und die Entsendung von Blauhelmen in die umkämpfte Region.

So würde zumindest ein Waffenstillstand erreicht und insbesondere das Töten der Zivilbevölkerung beendet werden. Dies wäre der erste Schritt zu einem

nachhaltigen Frieden. Ich bin überzeugt, dass alle fünf Veto-Länder für dieses Mandat stimmen werden, weil alle für Frieden sind.

Ich hoffe, dass die österreichische Regierung, die EU und andere Länder den Vorschlag positiv aufnehmen und gemeinsam umsetzen werden. Das würde Frieden schaffen und ein angstfreies Miteinander möglich machen.

Anatolij Volk, 1020 Wien

Danke, Frau Netrebko!

„Netrebko lässt sich von Separatisten einspannen“, 9. 12.

Danke, sehr geehrte Frau Netrebko! Danke, dass Sie die Separatisten in der Ukraine mit einem beachtlichen Betrag sponsern.

Danke, dass Sie vergessen machen, dass Sie in Europa groß geworden sind und dadurch internationalen Ruhm geerntet haben. Jetzt ist es an der Zeit, diesen blöden Europäern zu zeigen, was man von den Friedensbemühungen der EU hält.

Dass man Sie weiterhin hofieren wird, nehmen Sie vermutlich

zu Recht mit großer Selbstverständlichkeit an.

Horst Lamecker, 1140 Wien

Hinausschieben wird für uns alle teuer

Zur Hypo Alpe Adria

Als langjähriger Kreditrisikomanager der damals größten Bank im Lande erlaube ich mir – auf öffentlicher Informationsgrundlage – folgende Anmerkungen zur laufenden Diskussion:

Die Tatsache, dass die große Expansion in der Ära Kulterer/Haider durch exorbitante Haftungen des Landes Kärnten von allen Parteien abgesegnet und ermöglicht wurde, zeigt wieder dramatisch die Problematik des Föderalismus in der jetzigen Form. Es müssen endlich die Konsequenzen gezogen und die Kompetenzen der Länder und Gemeinden stark reduziert sowie die Verwaltungsstrukturen gestrafft werden. Fehler können immer gemacht werden, wenn die politischen Parteien daraus aber nicht die Konsequenzen ziehen, >